

Die DR Kongo vor dem dritten Krieg?

Die möglichen Folgen des Gatumba-Massakers

Denis M. Tull

Am 13. August wurden 163 kongolesische Tutsi (Banyamulenge aus Süd-Kivu) in dem in Burundi nahe der Grenze zum Kongo gelegenen Flüchtlingslager Gatumba ermordet. Zu der Tat bekannte sich die burundische FNL, die einzig verbliebene Rebellenorganisation, die die Teilnahme am burundischen Friedensprozeß bislang verweigert. Paradoxerweise dürfte das brutale Massaker nur bedingt eine Gefahr für die relativ weit vorgeschrittene politische Transition in Burundi darstellen. Das ungleich größere Risiko besteht für den Nachbarstaat Kongo, den das Massaker an den Rand des dritten Krieges innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt gebracht hat.

Die aktuelle Krise begann im Juni mit der Besetzung Bukavus (Süd-Kivu) durch General Nkunda und Colonel Mutebusi, zwei Offiziere der kongolesischen RCD, die eine Integration ihrer Truppen in die nationale Armee ablehnen. Nach deren Abzug aus Bukavu kam es in der Stadt zu Racheakten und Massakern Kabila-treuer Soldaten an den Banyamulenge. Ca. 25 000 Banyamulenge flüchteten nach Burundi, unter anderem in das Flüchtlingscamp Gatumba.

Obwohl sich die burundischen FNL-Rebellen zum jüngsten Massaker in diesem Camp bekannt haben, bleibt die Frage der Täterschaft unklar. Denn die Überlebenden halten, ebenso wie die burundische Regierung, kongolesische Regierungssoldaten bzw. in die Armee integrierte Mai-Mai-Milizen für die Täter. Kongos Vize-Präsident Azarias Ruberwa, Präsident der ehemaligen RCD-Rebellion und selbst ein Banyamulenge, hat sich dieser Auffassung ebenso

angeschlossen wie die Tutsi-dominierte ruandische Regierung, die zudem die ruandischen Hutu-Rebellen (FDLR) der Mittäterschaft beschuldigte.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann keine der drei Versionen ausgeschlossen werden. Sollten die Täter aus den Reihen burundischer und/oder ruandischer Hutu-Rebellen kommen, muß in dem Massaker der gezielte Versuch gesehen werden, den burundischen, vor allem aber den kongolesischen Friedensprozeß zum Scheitern zu bringen. Die Reaktionen Ruandas und Burundis, die umgehend eine erneute Militärintervention im Kongo androhten, entsprachen genau diesem Kalkül. Trotz der stagnierenden kongolesischen Transition sind die Rückzugsräume im Ostkongo für beide Rebellengruppen kleiner geworden. Und aus Sicht der extremistischen Führer

Abkürzungen

FDLR Forces Démocratiques de Libération du Rwanda
FNL Forces Nationales de Libération
MONUC Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo
RCD Rassemblement Congolais pour la Démocratie

beider Hutu-Gruppen ist eine politische Lösung des Konflikts mit der Regierung ihres jeweiligen Herkunftslandes nicht realisierbar (FDLR/Ruanda) bzw. nicht erfolgsversprechend (FNL/Burundi).

Als noch folgenschwerer dürfte sich die Greueltat herausstellen, sollten tatsächlich kongolesische Regierungssoldaten bzw. Mai-Mai-Milizen an ihr beteiligt gewesen sein. Dies würde die Vermutung der kongolesischen Tutsi in Nord- und Süd-Kivu bestätigen, Opfer gezielter Pogrome oder gar eines Genozids durch die sogenannten autochthonen ethnischen Gruppen Kivus zu werden, die sich ihrerseits der Unterstützung von Extremisten in der Hauptstadt Kinshasa sicher sein dürften. Dies hätte verheerende Auswirkungen auf das soziale Gefüge in beiden Kivu-Provinzen, in denen die kongolesische Staatsbürgerschaft der Banyarwanda nach wie vor heftig umstritten ist. In diesem Fall würden lokale Milizenführer – wie bereits nach 1992 und 1996 – erneut Zulauf finden, die angesichts mangelnder Gewährleistung staatlichen Schutzes von lokalen Volksgruppen als alleinige Garanten von (ethnisch organisierter) Sicherheit betrachtet werden. Vorstellbar ist zudem, daß Banyarwanda innerhalb der RCD Vize-Präsident Ruberwa dazu bewegen könnten, die Regierung zu verlassen. Ruberwa selbst hat bereits die Suspension seiner Mitgliedschaft in der Regierung verkündet.

Ebenso schwerwiegend wäre ein erneutes Einschreiten Ruandas, das nach seinem Rückzug aus dem Kongo dazu übergegangen ist, lokale Stellvertretermilizen (u.a. Nkunda) mit Waffen zu versorgen. Bereits 1996 und 1998 hatte Ruanda seine Interventionen im Kongo unter anderem mit dem Hinweis auf die Gefahr eines Genozids an den kongolesischen Tutsi in den Kivus begründet. In der aktuellen Berichterstattung wird häufig übersehen, daß der ruandische Anspruch, als Schutzmacht der kongolesischen Tutsi zu agieren, bei letzteren bestenfalls ein geteiltes Echo findet. Denn die auf seiten der autochthonen Bevölkerungsgruppen vorherrschende Sicht, nach

der die kongolesischen Tutsi mit dem Regime in Kigali im Bunde stehen, hat die Tutsi zur Zielscheibe radikaler Politiker gemacht, die sich als Vertreter eines kongolesischen Nationalismus in Position bringen.

Eine neue MONUC?

Das Gatumba-Massaker fand just in einer Phase statt, in der die Vereinten Nationen eine kritische Bestandsaufnahme der MONUC-Mission im Kongo vornahmen. UN-Generalsekretär Annan legte am 16. August 2004 ein modifiziertes Operationskonzept für die MONUC vor. Über die konkrete Ausgestaltung eines neuen Mandats muß der UN-Sicherheitsrat bis Ende September befinden. Zu den Eckpunkten des Konzepts gehört der Aufbau zwölf weiterer Bataillone, die den Gesamtumfang der Mission von derzeit 10 800 auf 23 900 Personen ausweiten würden. Hinzu käme der Ausbau militärisch-logistischer Kapazitäten (Kampfhubschrauber, Transportmittel, Flug- und Seeüberwachung). Im operativen Bereich sieht das Konzept einen aktiveren Beitrag der MONUC zur Wiederherstellung eines Mindestmaßes an Sicherheit und Ordnung im Kongo vor, das sich im wesentlichen auf die verbesserte Krisenreaktionsfähigkeit der Mission stützen würde. Zudem soll die militärische Überlegenheit der MONUC gewaltbereite Akteure abschrecken, die den Friedensprozeß zu sabotieren versuchen – Friedensgegner, die sich in allen Fraktionen der Übergangsregierung finden. Angestrebt wird auch eine effektivere Überwachung des über Kongo verhängten Waffenembargos. Konzentrieren soll sich die MONUC auf strategisch sensible Räume (Kinshasa, Kivus, Katanga, Kasai), von denen die größte Gefahr für den Transitionsprozeß ausgeht. Schließlich soll eine robustere Mission die Entwaffnung der auf ca. 10 000 Mann geschätzten ruandischen FDLR-Rebellen beschleunigen helfen.

Obwohl die von Annan vorgeschlagene Aufstockung der MONUC für UN-Maßstäbe

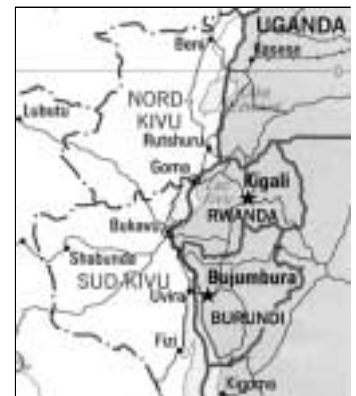
unerwartet hoch ausfällt, ist sie der Größe des Kongo und angesichts der Krise des Friedensprozesses und der ernstzunehmenden Gefahr eines dritten Krieges, der die gesamte Region der Großen Seen erneut zu erfassen droht, durchaus angemessen. Im Vergleich zu der Ausstattung der UN-Missionen in Sierra Leone (12 500) und Liberia (15 000) handelt es sich – der Kongo hat etwa die Größe Westeuropas – immer noch um eine bescheidene Mission. Die Verstärkung der militärischen Kapazitäten im Ostkongo ist sinnvoll und längst überfällig. Die Herstellung von Sicherheit sollte das Leitziel der Mission sein. Zu lange hafteten die UN dem Glauben an, die Übergangsregierung verfüge über die Handlungsfähigkeit und den Willen, dieses Minimalziel aus eigenen Kräften zu erreichen.

Das neue Operationskonzept bietet die Voraussetzungen für eine effektive Unterstützung des Friedensprozesses. Gleichwohl sind fünf potentielle Problemfelder hervorzuheben:

1. Die MONUC will offenbar weiterhin am Prinzip der freiwilligen Entwaffnung der ruandischen und burundischen Rebellen im Kongo festhalten. Gleichzeitig hofft sie auf deren Entwaffnung durch die kongolesische Armee. Dieser Optimismus entbehrt jeder Grundlage, denn erstens steht die Bildung einer Armee in weiter Ferne – wie die Bukavu-Krise zeigte; zweitens befinden sich innerhalb der Regierung Akteure, die die ausländischen Rebellen nach wie vor als strategisch wertvolle Manövriermasse in der Auseinandersetzung mit Ruanda betrachten. Eine aggressivere Position der MONUC gegenüber den ruandischen Rebellen, gegebenenfalls auch unter Rückgriff auf Gewalt, sollte vom UN-Sicherheitsrat erwogen werden.
2. Trotz der Sackgasse, in der sich der Friedensprozeß befindet, scheint die MONUC nicht von dem geplanten Zeitpunkt für die Präsidentschaftswahlen (Juli 2005) abrücken zu wollen. Angesichts der Tatsache, daß bis dahin weder die Reform des Sicherheitssektors noch der

Demobilisierungsprozeß ein fortgeschrittenes Stadium erreicht haben werden, birgt das starre Festhalten an diesem Termin hohe Risiken. Für Friedensgegner und Wahlverlierer stellen die Kämpfer ein enormes Rekrutierungsbecken für eine erneute Rebellion dar, der die schwachen staatlichen Sicherheitsorgane kaum Herr werden könnten. Ob die MONUC bereit wäre, sich selbst mit militärischen Mitteln einer erneuten Rebellion entgegenzustellen, bleibt zweifelhaft. Das Pretoria-Abkommen eröffnet die Möglichkeit, die Wahlen um ein Jahr zu verschieben – eine Option, die ernsthaft geprüft werden sollte. Während des Krieges durchgeführte Umfragen haben gezeigt, daß nicht Wahlen und Demokratie, sondern Frieden und Sicherheit für die kongolesische Bevölkerung oberste Priorität haben. Solange sie nicht gegeben sind, bleibt die Ausübung demokratischer Rechte ein sinnloses Unterfangen. Die MONUC darf nicht auf die Durchführung der Wahlen drängen, ohne zumindest Vorbereitungen für einen *worst case* zu treffen.

3. Die Mission muß in die Lage versetzt werden, Ostkongo und die 2500 km lange Ostgrenze effektiv zu überwachen, um die Bewegungen bewaffneter Milizen und ausländischer Soldaten sowie den Schmuggel von Rohstoffen und Waffen zu unterbinden. Neben der Präsenz vor Ort muß die Überwachung der Region aus der Luft, falls möglich durch Satellitenaufnahmen, verstärkt werden. Die entsprechenden Kapazitäten bzw. relevanten Informationen sollten der Mission von westlichen Staaten zur Verfügung gestellt werden.
4. Die MONUC scheint nach wie vor die Konsequenzen der ethnischen Polarisierung in den Kivu-Provinzen zu unterschätzen. Ohne eine Lösung dieser Konflikte, einschließlich des Konflikts um die kongolesische Nationalität der ruandophonen Bevölkerungsgruppen, die durch die Juni-Krise in Bukavu und das



Gatumba-Massaker weiter verschärft wurden, bleibt Frieden sowohl im Kivu als auch im gesamten Land eine Utopie. Es ist für die MONUC dringlicher denn je, in Kooperation mit den Gebern Peace-Building-Programme aufzulegen, um die in Konflikten um lokale Macht und Landzugang verwurzelten Gegensätze auf lokaler Ebene einer Lösung zuzuführen. Vertrauensbildende Maßnahmen mit dem Fernziel der lokalen Versöhnung sind, gerade auch im Hinblick auf die Wahlen, notwendig, um eine Eskalation zu verhindern und einer Wiederholung der ethnischen Auseinandersetzungen entgegenzuwirken, die im Rahmen der versuchten Demokratisierung des Landes ab 1992 im Kivu stattfanden. Die MONUC hat sich zu lange auf die politischen Eliten der Regierung in Kinshasa konzentriert.

5. Die von Annan eingeforderte stärkere Beteiligung der Industriestaaten am Blauhelmkontingent, das bislang überwiegend von Soldaten aus Entwicklungsländern gebildet wird, dürfte sich leider als unrealistisch erweisen, es sei denn, Frankreich bietet Truppen an, ähnlich wie bei der Operation Artemis. Fraglich bleibt jedoch, ob dies von Ruanda akzeptiert würde, dessen bilaterale Beziehungen zu Paris jüngst einen erneuten Tiefpunkt erreichten. Es würde jedenfalls die Erfolgsaussichten der neuen MONUC deutlich verbessern, wenn kampferfahrene Soldaten mit entsprechenden Sprachkenntnissen (Swahili, Französisch) ein erhebliches Kontingent der neuen Blauhelmtruppen stellen würden.

Hintergrund

Die gegenwärtige Krise ist nur das letzte und deutlichste Symptom für die Sackgasse, in die der kongolesische Friedensprozeß geraten ist, der den seit 1998 anhaltenden Bürgerkrieg beenden soll.

Nach 13 Monaten bleibt der formale Zusammenhalt der Regierung der einzig greifbare Erfolg des Friedensprozesses.

Ihre Selbstblockade hat bislang verhindert, daß die großen Herausforderungen des Transitionsprozesses in Angriff genommen wurden. Die Regierung bildet nur eine virtuelle Zentralgewalt, der Mittel und Wille fehlen, ihr Gewaltmonopol durch den Aufbau einer einheitlichen nationalen Verwaltung und Armee landesweit durchzusetzen. Auch hat sie bislang keine konkreten Schritte unternommen, mit der Demobilisierung und Reintegration jener schätzungsweise 330 000 Kämpfer zu beginnen, die keinen Platz in der neuen Armee finden werden (Zielgröße: 100 000).

Fazit

Das dem UN-Sicherheitsrat von Annan vorgelegte Operationskonzept würde erstmals die Voraussetzungen schaffen, die enorme Diskrepanz zwischen den Erwartungen an die MONUC und ihren tatsächlichen Kapazitäten abzumildern. Es geht im Sinne des Brahimi-Berichts endlich von realistischen – nicht optimistischen – Annahmen aus und verdient gerade aus diesem Grund die Unterstützung der Sicherheitsratsmitglieder, inklusive der Bundesrepublik. Die Erfolgsaussichten einer reformierten MONUC sind als vielversprechend zu bewerten, sofern die Mission, ähnlich wie Artemis in Ituri und die Mission in Sierra Leone, dazu übergeht, ein präzises Mandat entschlossen umzusetzen. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, um den Friedensprozeß im Kongo vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Gleichzeitig gibt die Krise den westlichen Staaten, inklusive Deutschlands, erneut Anlaß, ihre Politik einschließlich der Entwicklungszusammenarbeit gegenüber (Post-)Konfliktländern im Sinne von Zielsetzungen, Strategien und Instrumenteneinsatz zu überprüfen. Nicht zuletzt ist auch zu fragen, ob aus Krisendiplomatie hervorgegangene Machtteilungsabkommen – vgl. auch Sierra Leone nach Lomé (1998) und Liberia nach Abuja (1996) – adäquate Mittel der Konfliktbeilegung darstellen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364